

DIE LINKE.

Wahlzeitung zur Bundestagswahl am 24. September 2017 • Ausgabe Mecklenburg-Vorpommern • www.die-linke.de

Frieden

**Abrüsten!
Waffenexporte
stoppen**

DIE LINKE will Militärausgaben senken und in Schulen und Kitas investieren. **Seite 4**

Mehr im Geldbeutel

Niedrigere Steuern auf kleine und mittlere Einkommen, mehr Geld für Kinder. **Seite 2**

Weniger Beitrag, mehr Leistung

Von der Solidarischen Gesundheitsversicherung profitiert die Mehrheit. **Seite 6**

Mindestlohn auf 12 Euro anheben

Damit niemand trotz Arbeit arm sein muss. **Seite 9**

Rente rauf und mindestens 1.050 Euro

Die gesetzliche Rente muss gestärkt werden, um Altersarmut zu verhindern. **Seite 9**

Kindergeld auf 328 Euro erhöhen

Damit Kinderarmut abnimmt und nicht wächst. **Seite 10**



Für ein soziales Europa

Gregor Gysi kämpft gegen Finanzminister Schäubles Kürzungspolitik. **Seite 4**

Politik darf nicht käuflich sein

Unternehmensspenden an Parteien müssen verboten werden. **Seite 11**

Superreiche zur Kasse

Nur DIE LINKE hat den Mut, eine Millionärssteuer einzuführen. **Seite 12**

Gute Gewinne sind möglich

LINKES Rätzel mit Preisen für eine bessere Welt **Seite 11**

Interview
Seite 3

Das Spitzenduo der LINKEN zur Bundestagswahl: Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch

Gerechtigkeit ist wählbar!

Je stärker DIE LINKE, desto sozialer das Land

Am 24. September ist Bundestagswahl. Sie wird entscheidend für das Land. Wie es hierzulande weitergeht, hängt davon ab, wie stark DIE LINKE wird. Es hängt von Ihrer Stimme ab!

Soziale Gerechtigkeit, soziale Sicherheit, Abrüstung und Frieden. Dafür treten wir an. Wir akzeptieren nicht, dass Kinder in Armut aufwachsen und gleichzeitig die Zahl der Millionäre und Milliardäre steigt. Wir finden uns nicht damit ab, dass fast überall Geld fehlt – in Schulen, Krankenhäusern, beim Wohnungsbau –, die Ausgaben für Rüstung und Krieg jedoch verdoppelt werden sollen.

Viele Menschen fragen sich, ob ihre Rente zum Leben reichen wird. Ob die Arbeit, die Wohnung, die Zukunft sicher sind. Wir wollen gute und sichere Arbeit mit höheren Löhnen statt prekärer Jobs. Das macht das

Leben planbar. Wir wollen, dass die Rente für ein Leben in Würde reicht – für alle. Wir besteuern Millionäre und Milliardäre stärker fürs Gemeinwesen. Dann ist das Geld da: für gute Schulen, bezahlbare Wohnungen, mehr Personal in Krankenhaus

und Pflege. Und wir schaffen ein festes Netz von sozialer Sicherheit: Wer Kinder erzieht, wer erwerbslos ist, wer Pflege braucht oder krank wird, darf nicht von Armut bedroht sein. Wir wollen Deutschland zum Abrüstungsweltmeister machen und die

Milliarden, die Kanzlerin Merkel in Aufrüstung stecken will, für soziale Gerechtigkeit und für Investitionen einsetzen, die allen zugutekommen.

Wir wollen das Land verändern. Wir wollen es sozialer und gerechter machen! Unsere Pläne sind konkret und bezahlbar. Wir machen Druck, wir bringen Bewegung und Spannung in die Politik. Wir sagen: Die Dinge müssen und dürfen nicht bleiben, wie sie sind. Alle anderen Parteien sind bereit, die Politik der letzten Jahre fortzusetzen. Alle anderen stehen Angela Merkel als Koalitionspartner zur Verfügung. Wir nicht! Wir wollen eine soziale und demokratische Wende im Land. Gegen ein Weiter so in der Politik. Dafür braucht es eine starke LINKE. Lassen Sie uns gemeinsam etwas bewegen und wählen Sie am 24. September DIE LINKE!



LINKER Protest gegen unsichere Jobs

Leben, wo andere Urlaub machen!



Mehr zu Mecklenburg-Vorpommern auf den Seiten 5 bis 8.

Mecklenburg-Vorpommern? Ostsee, Urlaub, Sonne, Seen, Wälder, Ruhe und Gelassenheit... das nordöstlichste Bundesland begeistert nicht nur seine Einwohnerinnen und Einwohner, sondern auch jeden Sommer mehr und mehr Urlauberinnen und Urlauber. Jahr für Jahr gibt es neue Besucherrekorde – zuletzt mehr als 30 Millionen Übernachtungen in nur einem Jahr. Der Tourismus boomt – an der Ostsee, als auch im Binnenland. Doch wie sieht es oft hinter der schönen Fassa-

de, hinter dem schönen Urlaubschein aus? Die wenigsten Menschen erhalten Tariflohn, viele leisten unbezahlte Überstunden und andere sind längst weggezogen, da die Löhne andernorts besser sind. Dieses Lohnniveau ist keine gute Voraussetzung, hier als junger Mensch eine Perspektive zu sehen oder sich im Alter seiner Rente sicher zu sein. Vom Tourismusboom sollen nicht nur wenige profitieren, fordern die Kandidatinnen und Kandidaten der LINKEN.



Katja Kipping und Bernd Riexinger

Liebe Wählerinnen und Wähler,

DIE LINKE ist die erste Adresse für soziale Gerechtigkeit – und zwar für alle. Wir laden Sie dazu ein, sich unser Programm in Ruhe anzuschauen und sich selbst eine Meinung zu bilden. Wir wollen mehr Geld für Bildung und Kitaausbau, für gute Gesundheitsversorgung und menschenwürdige Pflege, für bezahlbares Wohnen und Klimaschutz. Für uns steht die Forderung der Krankenpflegerin nach mehr Personal und höherem Lohn ebenso im Mittelpunkt wie der Schutz von Kindern und Rentnerinnen und Rentnern vor Armut. Das Recht auf Asyl ist für uns so unumstößlich wie das Recht auf gute Bildung und einen Ausbildungsplatz für unsere Kinder. Frauen müssen für gleichwertige Arbeit endlich den gleichen Lohn bekommen. Junge Menschen wollen Zukunftsperspektiven statt Dauerstress und Konkurrenzdruck: Wir treten für sichere und selbstbestimmtere Arbeit ein – für alle. Es ist gerecht für alle, wenn die Reichen endlich ihren Beitrag leisten. Eine Vermögensteuer für Superreiche wieder einzuführen – das traut sich (leider) nur DIE LINKE. Sozial gerecht für alle – das heißt auch: höhere Löhne und weniger Steuern für die Mehrheit. Wir kämpfen für gleiche Rechte für alle, die hier leben, und für die, die zu uns kommen. Denn: Sozial gerecht für alle gilt für uns ohne Ausnahme. Alle Menschen in unserem Land sollen sich dort, wo sie leben, auch wirklich sicher fühlen. Je stärker DIE LINKE, desto sozialer und gerechter das Land.

Katja Kipping und Bernd Riexinger sind Vorsitzende der Partei DIE LINKE

Die Zukunft, für die wir kämpfen

So würden Sie vom Programm der LINKEN profitieren

Familien soll die Bildung und Betreuung der Kinder nichts kosten. Das Elterngeld muss verbessert werden. Wir wollen gebührenfreie Kitas mit mehr Personal und kostenfreiem Essen für alle Mädchen und Jungen. In Bus und Bahn müssen Kinder freie Fahrt haben. Mütter und Väter sollen die Möglichkeit haben, Beruf, Familie und Freizeit besser unter einen Hut zu bekommen – mit flexiblen Arbeitszeiten von um die 30 Stunden pro Woche. Zudem soll das Kindergeld auf 328 Euro steigen. Langfristig setzt sich DIE LINKE für eine Kindergrundsicherung für alle Kinder von 573 Euro ein.

Alleinerziehende tragen eine immense Belastung. Für sie ist der Ausbau öffentlicher Angebote, etwa zur Ganztagsbetreuung, besonders wichtig. Viele werden in unfreiwillige Teilzeit, Mini- und Midijobs und damit in Altersarmut abgedrängt. DIE LINKE fordert soziale Absicherung: Ab dem ersten Euro muss eine volle Pflicht zur Sozialversicherung gelten.

Erwerbstätige sollen zu guten Bedingungen arbeiten. Die Gewerkschaften sollen stärker werden, damit mehr Menschen einen tarifvertraglich abgesicherten Arbeitsvertrag bekommen und die Löhne steigen. Der Mindestlohn soll auf 12 Euro steigen. Wer arbeitet, soll nicht auf Aufstockerleistungen vom Jobcenter angewiesen sein. Mit dem Steuerkonzept der LINKEN wird entlastet, wer weniger als 7.100 Euro brutto im Monat verdient.

Erwerbslose brauchen Unterstützung statt Gängelung, zum Beispiel einen Rechtsan-

spruch auf Weiterqualifizierung. Arbeitslosengeld I muss länger gezahlt werden. DIE LINKE will Hartz IV abschaffen und durch eine armutsfeste Mindestsicherung von 1.050 Euro ersetzen – ohne Sanktionen. DIE LINKE will 300 000 sozialversicherungspflichtige und tariflich abgesicherte Arbeitsplätze im Bereich öffentlich geförderter Beschäftigung für Langzeiterwerbslose und Geflüchtete schaffen. Ein Sozialticket für den öffentlichen Nahverkehr und die soziale BahnCard sollen zudem sicherstellen, dass auch Menschen ohne viel Geld mobil sind.

Mieterinnen und Mieter sollen mehr Rechte haben. Die Kündigung wegen Eigenbedarfs soll schwerer gemacht werden. DIE LINKE will Spekulation mit Wohn-

raum beenden, bestehende Mieten einfrieren und Immobilienfonds die Zulassung entziehen. Die Mietsteigerungen werden endlich wirksam gestoppt, Mieten in Stadtteilen mit besonders hohen Wohnkosten werden eingefroren oder auf 8,50 Euro gesenkt. Jährlich sollen 250 000 neue Sozialwohnungen hinzukommen und dauerhaft bleiben. Die Sozialbindung soll künftig ohne Befristung wirksam sein.

Rentnerinnen und Rentner hätten mit dem Konzept der LINKEN im Schnitt 130 Euro mehr im Monat. DIE LINKE ist die einzige unter den großen Parteien, die das Rentenniveau wieder auf 53 Prozent anheben will. Jede und jeder soll mit 65 abschlagsfrei in den Ruhe-

stand gehen können. Niedrige Einkommen sollen bei der Rentenberechnung aufgewertet werden. Für alle, die wenig haben, soll eine solidarische Mindestrente von 1.050 Euro den Lebensstandard im Alter sichern. Die Rentenangleichung Ost-West soll sofort und ohne Ausnahmen vollzogen werden. Riester-Verträge müssen in die gesetzliche Rente überführt werden.

Pflegekräfte sollen entlastet und endlich gerecht entlohnt werden. DIE LINKE will mehr Personal und bessere Löhne in der Pflege und in den Kliniken. Insgesamt 160 000 neue Stellen sollen in Krankenhäusern geschaffen werden. Gesetzliche Vorgaben für die Personalausstattung müssen eingeführt werden. Davon haben auch **Patientinnen und Patienten** etwas. DIE LINKE fordert eine solidarische Gesundheitsversicherung, in die alle einzahlen. So ist genug Geld da für zusätzliches Personal und eine gute Ausstattung der Krankenhäuser. Alle werden gleich gut behandelt. Medikamente, Brillen und Zahnersatz sollen zuzahlungsfrei sein.

Studierende sollen ohne finanzielle Sorgen lernen können. DIE LINKE lehnt Studiengebühren ab. Ein elternunabhängiges, rückzahlungsfreies BAföG in Höhe von 1.050 Euro netto für alle soll das bisherige System ersetzen. Der Bund soll Hochschulen finanzieren dürfen, damit die Studienbedingungen besser werden.

Michael Breyer



Das komplette Wahlprogramm im Internet: www.die-linke.de/wahlen/wahlprogramm

Den Alltag besser machen. Heute und morgen

Mehr Personal in Bildung und Gesundheit, neue Sozialwohnungen, besserer Nahverkehr

An vielen Ecken knirscht es im Alltag: Kinderbetreuung ist knapp, Schulen sind marode, bezahlbare Wohnungen sind rar. Büchereien, Schwimmbäder, Theater schließen. Öffentliche Angebote werden an private Unternehmen gegeben, die Profit machen. Das bedeutet: hohe Gebühren und Eintrittspreise. Wer sich die nicht leisten kann, bleibt außen vor. **DIE LINKE wird nachholen, was die Regierungen in den vergangenen Jahren versäumt haben:** Ein Programm für die Zukunft, das öffentlich – von

Bund, Ländern und Kommunen – getragen und ausreichend finanziert ist. In die Zukunft investieren bedeutet: mehr Kitaplätze und mehr Erzieherinnen und Erzieher – mit besserer Bezahlung. Schulen werden renoviert, die Klassen werden kleiner und die Betreuungszeiten länger – durch mehr pädagogisches Personal. In der Altenpflege entstehen mehr Arbeitsplätze und bessere Heime. Jedes Jahr werden mindestens 250 000 zusätzliche Sozialwohnungen geschaffen. In die Zukunft investieren bedeu-

tet: mehr Busse und Bahnen im öffentlichen Personennahverkehr – barrierefrei, sichere Straßen und mehr Radwege. Gemeinden und Kommunen bekommen mehr Mittel und mehr Personal, sodass sie wieder bürgernah funktionieren. Schwimmbäder, Kultur- und Sporteinrichtungen werden besser finanziert. Überall wird schnelles Internet verfügbar sein. DIE LINKE investiert in saubere Energie und macht die Privatisierung von Strom- und Wasserversorgung rückgängig. Im Alltag wird zu spüren sein:

Das Leben funktioniert einfacher. **Das Programm der LINKEN ist durchgerechnet und finanzierbar.** 120 Milliarden Euro kostet es, die Bundesrepublik zu einem modernen Staat mit guten Angeboten umzubauen – für alle Menschen, die hier leben. 60 Milliarden Euro werden durch gerechte Steuern von Superreichen und Konzernen finanziert. Weil das Programm Hunderttausende Arbeitsplätze schafft und die Wirtschaft stärkt, fließen 60 Milliarden Euro durch höhere Einnahmen an den Staat zurück.

DIE LINKE will

- 120 Milliarden in öffentliche Infrastruktur stecken
- Arbeitsplätze vor allem in Bildung, Gesundheit, Pflege und Bauwirtschaft schaffen
- mehr bezahlbaren Wohnraum und damit die Mieten für alle senken
- Wirtschaft und Energieversorgung ökologisch und sozial verträglich umbauen.

»Wir legen uns mit den Mächtigen an«

Wie DIE LINKE den Sozialstaat wiederherstellen will und wie eine friedliche Außenpolitik das Land sicherer macht, darüber sprechen Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch, das Spitzenduo der Partei DIE LINKE zur Bundestagswahl

Für wen lohnt es sich, am 24. September DIE LINKE zu wählen?

Sahra Wagenknecht: Es lohnt sich für alle – außer vielleicht für das eine Prozent Superreiche. Wenn sich unsere Forderungen durchsetzen, würde es der großen Mehrheit der Bevölkerung deutlich besser gehen als heute.

Aber es heißt doch immer, den Deutschen gehe es unter Angela Merkel so gut wie nie zuvor?

Wagenknecht: In unserem Land sind 2,7 Millionen Rentnerinnen und Rentner von Armut bedroht, jeder fünfte Beschäftigte arbeitet im Niedriglohnsektor und 6,5 Millionen Menschen sind im Hartz-IV-System gefangen. Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland war die Angst vor sozialem Abstieg so weit verbreitet wie heute.

Dietmar Bartsch: Wenn zwei Millionen Kinder von Armut bedroht sind, wenn alte Menschen im Müll nach Flaschen suchen müssen und Arbeit nicht mehr vor Armut schützt, zugleich aber der private Reichtum einiger weniger rasant wächst, dann stimmt etwas Grundlegendes in unserer Gesellschaft nicht. Es ist Zeit für einen Politikwechsel.

Worin besteht dieser?

Bartsch: Der Sozialstaat muss wiederhergestellt werden und die Balance in der Gesellschaft muss wieder stimmen.

Wie kann das gelingen?

Wagenknecht: Indem man sich mit den Mächtigen und Reichen anlegt, statt sich von ihnen kaufen zu lassen. Ohne eine gerechte Besteuerung der Konzerne und riesiger Vermögen ist eine Wiederherstellung des Sozialstaats unmöglich. Deswegen will DIE LINKE eine Vermögenssteuer



Kämpfen für einen Politikwechsel in Deutschland: Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch vor dem Reichstag in Berlin.

für Multimillionäre. Und den Steuersparmodellen der Konzerne muss endlich ein Riegel vorgeschoben werden. Da liegt das Geld, das wir brauchen, um Armut zu verhindern und es in gute Bildung, Gesundheit, Pflege und in den Wohnungsbau zu investieren. Leider hat nur DIE LINKE diesen Mut. Die SPD hat in ihrem Wahlprogramm auf eine Vermögenssteuer verzichtet. Kein Wunder, sie will ja auch lieber mit der FDP regieren.

Bartsch: Zudem müssen die Sozialversicherungssysteme, die den Kern des Sozialstaats ausmachen, wieder gestärkt werden. Es kann nicht sein, dass sich Unternehmen und Vermögende wegdrücken dürfen, wenn es um deren Finanzierung geht. Deswegen will DIE LINKE die gesetzliche Rente stärken, indem alle einzahlen, auch Selbstständige, Freiberufler, Beamte und Abgeordnete. Österreich macht es vor: Rentner erhalten dort im Durchschnitt 800 Euro mehr im Monat.

Auch bei der Krankenversicherung gibt es eine Schiefelage, seitdem die Arbeitgeber aus der Verantwortung entlassen wurden...

Bartsch: ... darum setzt sich DIE LINKE für eine Solidarische Gesundheitsversicherung ein, bei der unter anderem Arbeitgeber wieder den gleichen Beitrag wie die Arbeitnehmer zahlen. Das ist sozial gerecht und führt dazu, dass der Beitragssatz von derzeit durchschnittlich 15,7 Prozent auf unter 12 Prozent

sinkt. Zusatzbeiträge und Zuzahlungen entfallen dann.

Seit Jahren ist in Deutschland vom Jobwunder die Rede, die Wirtschaft boomt. Ist das nicht eine Erfolgsmeldung?

Wagenknecht: Nur wer sich der Realität verweigert, kann die massive Zunahme schlecht bezahlter, unsicherer Jobs als »Jobwunder« verkaufen. Vierzig Prozent der Bevölkerung haben heute real weniger Einkommen als noch Ende der 1990er Jahre. Viele können sich nicht einmal mehr einen einwöchigen Urlaub leisten.

Bartsch: Das muss sich ändern. Es ist ein Unding, dass ausge-rechnet diejenigen, die die Gesellschaft am

»Nur mit einer starken LINKEN gibt es kein Weiterso.«
Sahra Wagenknecht

Laufen halten, oft in Minijobs und zu Niedriglöhnen schuften. Der gesetzliche Mindestlohn muss zügig auf 12 Euro pro Stunde erhöht werden.

Warum hat DIE LINKE im Bundestag gegen alle Auslandseinsätze der Bundeswehr gestimmt?

Wagenknecht: Eine Beteiligung an den Rohstoffkriegen der USA, die ganze Länder zerstören und Hunderttausende Menschen das Leben gekostet haben, ist unverantwortlich. Das Gleiche gilt für die illegalen Drohnenmorde. All das stärkt letztlich nur die

islamistischen Terroristen und hat inzwischen auch Deutschland zur Zielscheibe des Terrors gemacht.

Bartsch: Waffen schaffen keinen Frieden, Terror lässt sich nicht mit Krieg bekämpfen.

Deutschland muss zu einer friedlichen Außenpolitik zurückkehren, die Waffenexporte und militärische Abenteuer beendet. Deutschland sollte Abrüstungsweltmeister werden.

Wie will DIE LINKE ihre Forderungen umsetzen?

Bartsch: Durch das Schaffen von Mehrheiten. Je mehr Menschen uns unterstützen, desto größer wird der Druck für die anderen Parteien, auf unsere Forderungen einzugehen. Manchmal sind das kleine Schritte, manchmal auch große, wie etwa die Einführung des Mindestlohns. **Wagenknecht:** CDU/CSU, FDP, SPD und Grüne unterscheiden sich politisch kaum noch. Sie haben in den zurückliegenden 20 Jahren gemeinsam die Renten gekürzt, einen großen Niedriglohnsektor und das demütigende Hartz-IV-Regime geschaffen sowie Steuergeschenke an die Reichen verteilt. Das war Politik für die oberen Zehntausend, nicht für die Mehrheit der Bevölkerung. Nur mit einer starken Linken gibt es kein Weiterso.

Worauf können sich Wählerinnen und Wähler verlassen, wenn sie für DIE LINKE stimmen?

Wagenknecht: DIE LINKE ist nicht käuflich. Wir sind die einzige Partei, die noch nie einen Euro Spenden von der Deutschen Bank oder einem Rüstungskonzern bekommen hat. Und ich verspreche, das wird auch so bleiben. Denn wir machen Politik für Beschäftigte, Arbeitslose, Rentner, kleine Selbstständige und den Mittelstand, aber nicht für Konzernherren und Rüstungslobbyisten.

Bartsch: Wir werden immer an der Seite derjenigen stehen, die weniger Chancen haben und ausgegrenzt werden. Wir stehen auch nach der Wahl zu dem, was wir in unserem Wahlprogramm und im Wahlkampf fordern.



Dietmar Bartsch, geboren im Jahr 1958 in Stralsund. Er studierte und promovierte in Wirtschaftswissenschaften. In den Jahren 1998 bis 2002 sowie seit dem Jahr 2005 gehört er dem Deutschen Bundestag an. Im November 2015 übernahm Dietmar Bartsch gemeinsam mit Sahra Wagenknecht den Vorsitz der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag. Dietmar Bartsch hat zwei erwachsene Kinder und spielt in seiner Freizeit Volleyball und Skat.



Sahra Wagenknecht, geboren im Jahr 1969 in Jena. Sie studierte Philosophie und Neuere Deutsche Literatur und promovierte in Wirtschaftswissenschaften. In den Jahren 2004 bis 2009 war sie Mitglied des Europaparlaments und ist seit dem Jahr 2009 Abgeordnete im Deutschen Bundestag. Seit November 2015 teilt sie sich den Vorsitz der Fraktion mit Dietmar Bartsch. Sahra Wagenknecht ist verheiratet, lebt in Merzig im Saarland und liebt Bergtouren mit dem Fahrrad.

Mehr BAföG für Studierende

Die BAföG-Sätze für Studentinnen und Studenten reichen nicht zum Leben aus. Das ist das Ergebnis einer Studie des Deutschen Studentenwerks. Vor allem die in den Universitätsstädten enorm gestiegenen Mietpreise sprengen die Höchstförderung in Höhe von 735 Euro. Viele Studierende müssen nebenher arbeiten. Dadurch haben sie weniger Zeit fürs Studium. Das betrifft vor allem Studierende aus einkommensschwachen Familien. DIE LINKE fordert ein elternunabhängiges, rückzahlungsfreies BAföG in Höhe von 1.050 Euro.



Jedes Kind soll schwimmen können

Weil Kommunen massiv verschuldet sind, wurden seit dem Jahr 1990 mehr als 1600 Schwimmbäder geschlossen. Allein 100 im letzten Jahr. Zudem wurden viele Schwimmbäder privatisiert und in Spaßbäder umgewandelt. Schulen und Sportvereine fällt es deshalb immer schwerer, Zugang für den Schwimmunterricht zu erhalten. Für viele Familien ist der Eintrittspreis zu hoch. Die Folge: 60 Prozent der Zehnjährigen in Deutschland können nicht schwimmen. DIE LINKE sagt: Schwimmbäder gehören zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Jedes Kind muss ein öffentliches Schwimmbad besuchen können.

»Die Welt ist im Großen wie im Kleinen veränderbar«

Gregor Gysi hat Großes vor im Bundestag und in Europa

Gregor Gysi ist rastlos unterwegs. Gestern eine Podiumsdiskussion beim Kirchentag in Magdeburg zur Frage, wie wir Frieden in unfriedlichen Zeiten gewinnen können. Heute Moderator im Deutschen Theater mit dem Bariton Thomas Quasthoff und dann in der Berliner Distel, wo er mit Oliver Welke, dem Präsentator der »heute-show« des ZDF, plauscht. Morgen schon versucht er in Hamburg der mittelständischen Wirtschaft nahezubringen, dass ein Neustart für Europa mit sozialen Standards, mehr Demokratie und friedlicher Außenpolitik auch ihr nützte. Und immer wieder Termine im Wahlkreis, Bürgersprechstunde, Gespräch im Seglerverein, mit Wissenschaftlern, Theaterleuten und, und, und.

Wer geglaubt hat, dass sich der Bundestagsfraktion so langsam aufs Altenteil zurückzöge, als er den Vorsitz abgab, hat die Rechnung ohne die Leute und ohne den Mann gemacht. Er gilt für die Ostdeutschen auch heute noch als ihre Stimme und war über 25 Jahre lang das prägende Gesicht der LINKEN in Deutschland. »Ich hatte ja auch gedacht, es wird weniger, und inzwischen habe ich sogar gelernt, gelegentlich Nein zu sagen. Aber wenn sich die Zahl der Anfragen verdoppelt, kommt eben doch viel zusammen«, bemerkt er schmunzelnd.

Mitunter wirkt er wie ein Getriebener. Immer wieder wird er gefragt, wie er das durchhält mit seinen 69 Jahren. »Ich bin fit«, sagt Gysi, und man sieht ihm die Freude an den täglich neuen Herausforderungen an. Ein Stück weit will er sicher auch die Hoffnun-



Seit Dezember 2016 ist Gregor Gysi Präsident der Europäischen Linken.

Ulwe Steinhert

gen nicht enttäuschen, die viele nach wie vor in ihn setzen. »Ich bin nicht der Mensch, der sich zur Ruhe setzt und dann Angeln geht, obwohl meine diesbezüglichen Lehrstunden bei Jan Korte durchaus entspannend waren«, sagt er mit Blick auf den LINKEN-Bundestagsabgeordneten aus Sachsen-Anhalt, der ein leidenschaftlicher Angler ist.

Deshalb ist Gysi seit Dezember 2016 Präsident der Europäischen Linken und will auch seinen Bundestagswahlkreis verteidigen. Die Europäische Linke ist ein Zusammenschluss von 25 Parteien. Es ist auch diese Verbindung zwischen Weltpolitik und Alltag, die ihn antreibt: wenn er den Präsidenten der Europäischen Kommission oder des Europäischen Gerichtshofs trifft und dann die Sorgen mit dem Jobcenter hört, die ihm eine Frau bei seiner Sprechstunde im Bürgerbüro in Schöneweide vorträgt. »Die Welt ist im Großen wie im Kleinen veränderbar, und DIE LINKE muss sich ihrer gesamten Verantwortung dafür

stellen«, erklärt Gysi seine Motivation für den Spagat zwischen Europa und Treptow-Köpenick.

Die aktuellen Entwicklungen stimmen ihn sorgenvoll: Eine Militarisierung der EU und das Erstarren nationalistischer, faschistischer Kräfte rufen den brillanten Rhetoriker auf den Plan. So nimmt Gysi auf seinem Facebook-Account in einem kurzen Video die Unlogik der Kanzlerin auseinander, Bundeswehrsoldaten über Syrien

Daten aufklären zu lassen, die der türkische Despot Erdoğan nutzt. Mithilfe der Daten greift Erdoğan kurdische Einheiten an, die am Boden den IS bekämpfen. Fast zwei Millionen Menschen schauen sich das Video an und stimmen Gysi zu.

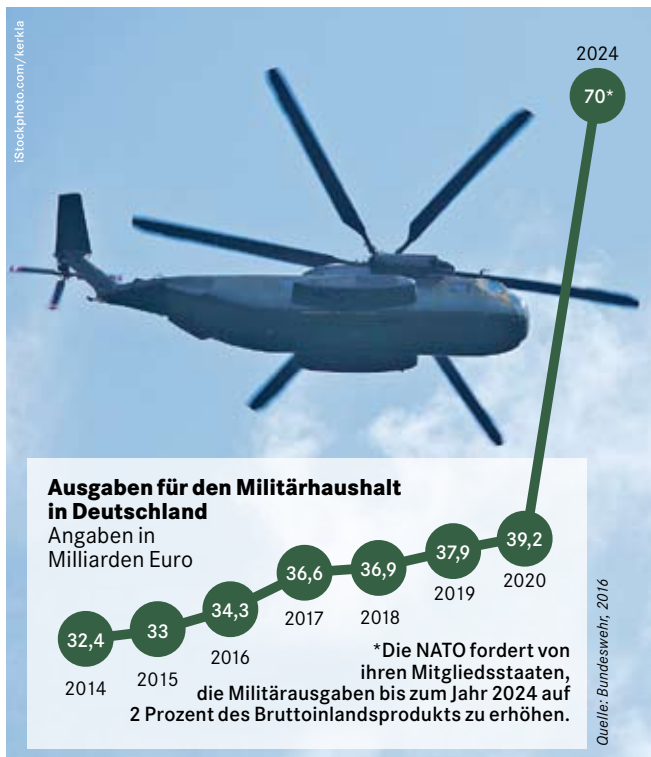
»DIE LINKE ist die einzige politische Kraft, die konsequente

Friedenspolitik und verlässliche Sozialpolitik zusammenbringt«, sagt Gysi. »Ich will die Europäische Linke als Gegengewicht gegen rechts und gegen die Kürzungspolitik von Schäuble stark machen, damit die Jugend in einem Europa leben wird,

das ihnen eine weltoffene, soziale, demokratische, friedliche Perspektive bietet.« Und Europa fängt für ihn eben nicht in Brüssel an, sondern beim Gespräch mit dem TV-Entertainer Wolfgang Lippert über die Entwicklung der Kultur im Wahlkreis.

Der Mann wird einfach noch gebraucht. In Treptow-Köpenick, im Osten, für die Jungen und die Alten, in Deutschland, in Europa. Gut, dass er weitermacht und der Bundestag nicht auf ihn verzichten muss.

DIE LINKE will
 ■ die EU neu starten:
 mehr Demokratie, mehr soziale Sicherheit, keine Aufrüstung ■ fairen Handel statt Freihandelsabkommen wie TTIP und TISA ■ Klimaschutz und den ökologischen Umbau der Wirtschaft.



Pausenbrot statt Panzer

Wie DIE LINKE die Ausgaben für Rüstung senken und stattdessen das Geld in Schulen und Kitas investieren will

Deutschland soll bis zum Jahr 2024 zwei Prozent seines Bruttoinlandsprodukts (BIP) für das Militär ausgeben. Dazu erklärte sich die Bundesregierung 2014 auf dem NATO-Gipfel bereit. Kanzlerin Merkel hat kurz nach der Wahl von Donald Trump, der die Einhaltung dieses Ziels verlangt, mehrmals bekräftigt, die Vereinbarung erfüllen zu wollen. Zwei Prozent: Das klingt nicht viel. **Doch das BIP betrug 2016 rund 3,13 Billionen Euro. Zwei Prozent davon wären also mehr als 60 Milliarden Euro!**

Schon jetzt müssen die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler für Rüstung und Militär 37 Milliarden Euro pro Jahr berappen.

Da die Wirtschaftskraft bis 2024 noch zulegen wird, würden mehr als 70 Milliarden Euro in den Militäretat fließen, eine Verdoppelung der heutigen Ausgaben. Zum Vergleich: Allein bei der öffentlichen Infrastruktur gibt es einen Investitionsstau von über 100 Milliarden Euro. Schulen und Brücken sind marode, es gibt oft zu wenig Kitaplätze und bezahlbaren Wohnraum, Gleise werden stillgelegt, Schwimmbäder geschlossen, fast überall fehlt das Geld, aber Union und SPD wollen immer mehr in die Aufrüstung pumpen.

Würde sich die Bundesregierung von dem Zwei-Prozent-Ziel verabschieden, könnte sie innerhalb weniger Jahre den vor-

allem in den Kommunen dramatischen Investitionsstau abbauen.

DIE LINKE fordert als einzige Partei, dass die Rüstungsausgaben der Bundesrepublik nicht erhöht, sondern deutlich gesenkt werden. »Dem Zwei-Prozent-Aufrüstungsprogramm von NATO und Merkel stellen wir unser Abrüstungsziel entgegen. Wir wollen den Rüstungshaushalt, der inzwischen der zweitgrößte Etat ist, um 20 Prozent kürzen. Das Geld wollen wir konkret dafür einsetzen, Kitas auszubauen und gebührenfrei zu machen und Schulen zu modernisieren«, erklärt der Bundeswahlkampfleiter der LINKEN, Matthias Höhn.



Im Norden zu Hause

Liebe Leserinnen und Leser,

im Herbst 2015 übernahmen Sahra Wagenknecht und ich von Gregor Gysi den Vorsitz der Bundestagsfraktion DIE LINKE. »Ihr tretet in große Fußstapfen«, war damals zu hören. Da musste ich schmunzeln, immerhin messe ich 1,94 Meter. Natürlich habe ich große Achtung vor Gregor Gysis Leistung. Seit Jahren arbeite ich eng mit ihm zusammen. Doch unsere Fraktion leistet auch nach dem Führungswechsel eine ordentliche Arbeit. Mir war und bleibt wichtig, dass Reichtum von oben nach unten unverteilt und der Sozialstaat wiederhergestellt wird, Deutschland eine friedliche Außenpolitik betreibt und die Entwicklung in Ostdeutschland mehr Aufmerksamkeit erfährt. Dafür kämpfe ich beharrlich. Die Menschen müssen sicher sein, auch künftig Miete und Strom bezahlen zu können sowie Hilfe bei Krankheit oder Pflege zu bekommen. Als stolzem Opa liegt mir eine auf Zukunftsfähigkeit gerichtete Politik besonders am Herzen. Fluchtursachen müssen vor Ort bekämpft werden, wir brauchen Strategien gegen Krieg und Terror, Hunger, Epidemien und Klimawandel. Welt- und Regionalpolitik rücken enger zusammen. Die Sanktionen gegen Russland dürften Putin weit weniger ärgern als viele Landwirte in Mecklenburg-Vorpommern. Als gebürtiger Stralsunder komme ich so oft wie möglich in den Norden. Ich mag es, mit den Leuten zu klönen, gerne auch beim Skat. Bei Leseunden oder Strandspaziergängen, beim Beachvolleyball oder im Ostseestadion kann ich entspannen und komme auf andere Gedanken.

Herzlichst, Ihr
Dietmar Bartsch,
Spitzenkandidat zur
Bundestagswahl in Rostock

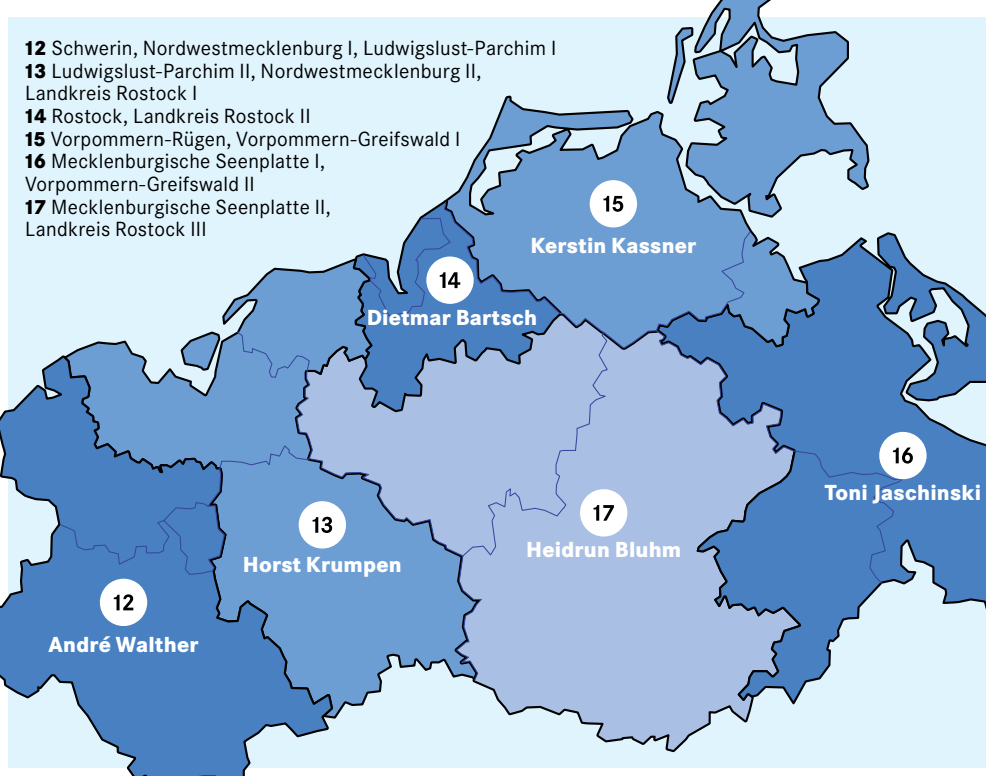
Ein Versprechen an Susann

Was die Kandidatinnen und Kandidaten der LINKEN für die Menschen im Land verändern wollen

Unterhält man sich mit Susann, 31, die seit vielen Jahren in der Gastronomiebranche tätig ist, so ziehen einige Wolken am sonst so blauen Himmel von Usedom auf: »Ich arbeite wirklich gern in meinem Beruf, mag die Abwechslung, lerne ständig neue Menschen kennen und freue mich, dass so viele Touristen unsere Heimat lieben.« Doch Susann hat große Sorgen. »Ich habe mich wahnsinnig über die Einführung des Mindestlohns gefreut. Endlich mal ein vierstelliges Bruttogehalt. Allerdings hat unser Chef so ziemlich alle Preise in unserem Restaurant erhöht. Die Kundschaft gibt jetzt deutlich weniger Trinkgeld.« Dazu kommen die ständig steigenden Mieten in den Urlaubsorten und die Anzahl an Ferienwohnungen wächst weiter. »Mittlerweile können wir Angestellten uns die Wohnungen kaum noch leisten. Da geht schon mal schnell die Hälfte des Gehalts allein für Miete weg.« An ihre Rente mag sie noch lange nicht denken: »Viel wird da sicher nicht übrig bleiben. Und für eine private Vorsorge fehlt mir schlichtweg das Geld.«

Heidrun Bluhm kennt diese Probleme. In ihrem Wahlkreis liegt Waren an der Müritz. Auch dort ist ein Trend zu beobachten: »Seit der Finanzkrise wird wahnsinnig viel in Beton investiert. Einzig und allein mit dem Ziel, die größtmögliche Rendite zu erzielen. In den Tourismushochburgen in unserem Bundesland sind Mieten von 18 bis 20 Euro für den Quadratmeter, gerade für kleine Wohnungen, wie sie Saisonkräfte benötigen, keine Seltenheit.«

Kerstin Kassner springt ihrer Kollegin zur Seite: »Stellen wir uns nur kurz vor, Susann arbeitet bis zur Rente weiterhin im Restaurant. Dann ist doch die Altersarmut schon jetzt programmiert.« Wer, wenn nicht Kerstin Kassner kennt sich in diesem Bereich aus, war sie doch selbst jahrzehntlang in der Tourismusbranche und als



Landrätin der Insel Rügen tätig. Beide Frauen sind sich einig, der Mietenwahnsinn muss eingedämmt und die gesetzliche Rente gestärkt werden. Hier muss die Bundesregierung endlich aktiv werden. Die Ost-West-Rentenangleichung erst im Jahr 2025 ist im Übrigen eine Frechheit.

Zurück zum Mindestlohn. Da kann **Horst Krumpen** auch viel berichten. Nicht immer nur Positives, denn der Verwaltungsaufwand ist immens. Allerdings plädiert der selbstständige Kaufmann aus Wismar eindeutig für eine Erhöhung auf 12 Euro, denn nur so ist aus Krumpens Sicht eine einigermaßen sorgenfreie Existenz gesichert.

»Ich bin nicht unverschämt«, sagt uns Susann. »Ich will nur vernünftig für meine Arbeit bezahlt werden.« Sie arbeitet meist in Teilschicht – also mittags drei Stunden und abends dann auch noch einmal fünf. Viel Zeit für Freizeit bleibt nicht. An Kinder ist so kaum zu denken. »Ohne Partner mit festem und große-

rem Einkommen wird das wohl immer ein Traum bleiben.«

Dietmar Bartsch nimmt den Faden auf. Aktuell kämpft er auf Bundesebene in einem Netzwerk gegen Kinderarmut. Allein in Mecklenburg-Vorpommern ist nahezu jedes dritte Kind von Armut bedroht. In vielen Fällen fehlt es in diesen Familien an den einfachsten Mitteln und Möglichkeiten. Da sind Freizeitaktivitäten oder Klassenfahrten nicht drin. »Zukunftsrisiko Nummer eins« nennt Bartsch die Kinderarmut und will, dass sich etwas ändert.

André Walther hat größtes Verständnis für die junge Frau, ist er doch selbst gerade erst 28 Jahre alt geworden. »In unserem Alter überlegt man es sich heute leider zweimal, ob man sich ein Kind leisten kann.« Der Student will sich daher stärker für die Belange seiner Altersgruppe im Bundestag einsetzen und so jungen Menschen auch eine Perspektive bieten.

Toni Jaschinski ist so ein »Perspektivgeber«. In seinem Land-

wirtschaftsbetrieb bei Neubrandenburg schafft und erhält er viele Arbeitsplätze für Einheimische in der größten Blaubeerproduktion des Landes. »Viele sind hochmotiviert und mit dem Herzen dabei. Sie wollen dem Land nicht den Rücken kehren.«

Für Susann steht fest, sie will hierbleiben und künftig auch eine Familie gründen. Sie arbeitet gern dort, wo andere Urlaub machen. Nur die Bedingungen, die müssen sich aus ihrer Sicht ändern. »Soziale Gerechtigkeit darf nicht nur eine Worthülse bleiben.«

DIE LINKE wird sich weiterhin konsequent für die Belange der Beschäftigten einsetzen. Sodass nicht nur wenige vom Tourismusboom profitieren. Versprochen, Susann!

Weitere Infos zu unseren Inhalten und Kandidaten finden Sie im Internet: www.die-linke-mv.de



Dietmar Bartsch im Rostocker Stadthafen

Gastkommentar

Kostenfreie Bildung? Pustekuchen!



von Simone Oldenburg –
Vorsitzende der
Fraktion DIE LINKE im
Landtag Mecklenburg-
Vorpommern

Kosten für die Klassenfahrt, Geld für den Wandertag, Elternbeiträge für Kopien, Arbeitshefte und Materialien für den Werkunterricht – für die Bildung ihrer Kinder werden die Eltern immer zur Kasse gebeten. Mehrere Hundert Euro kommen da im Schuljahr zusammen. Das wollen wir endgültig ab-

schaffen. Bildung hat tatsächlich kostenlos zu sein und nicht nur auf dem Papier, denn die Schulgesetze gaukeln Kostenfreiheit vor. Für uns ist es ein Unding, dass Bildung immer wieder vom Geldbeutel der Eltern abhängt. Haben sie Geld, dann klappt es auch mit der Klassenfahrt oder dem Wandertag. Haben sie zu wenig Geld, kommt es häufig vor, dass ihre Kinder weder an der Klassenfahrt noch am Wandertag teilnehmen.

Wie sollen bei der hohen Kinderarmut in der Bundesrepublik die Wandertage, Busfahrt und Museumsbesuche bezahlt werden? Wir fordern: Kostenlose Bildung für alle Schüler und Auszubildenden! DIE LINKE streitet dafür, dass die Fahrten zur Schule und zur Berufsschule kostenfrei werden, dass der Eintritt ins Museum oder der Theaterbesuch bei Wander- und Projekttagen nicht von den Eltern oder Großeltern finanziert werden muss.

Jedes Kind und jeder Jugendliche muss die gleichen Chancen in der Bildung bekommen, egal in welcher familiären Situation sie leben. Gleiches Recht auf gleiche Bildung – für alle.

Gesundes System?

DIE LINKE fordert eine Solidarische Gesundheitsversicherung für alle



Horst Krumpen beim
Tag der Pflege

Vor 135 Jahren wurde die Krankenversicherung in Deutschland auf den Weg gebracht. Der damals verantwortliche Reichskanzler Bismarck war beileibe kein Linker, aber ihm saß die damals noch sozialistische SPD im Nacken. **So war die Krankenversicherung eine Konzession an die erstarkende Arbeiterschaft im Lande.** Heute wäre es an der Zeit für eine neue, tiefgreifende Reform. Denn in Deutschland hat sich eine Zwei-

klassenmedizin entwickelt, und von Solidarität kann kaum noch die Rede sein. Es ist ein ungleicher Wettbewerb mit Beitragsbemessungsgrenzen, Zuzahlungen beim Nötigsten und Zusatzbeiträgen. Für die einen existenzbedrohend, für andere eine Bevorzugung mit erster Klasse.

»Wir LINKE fordern eine Rückbesinnung und wollen eine solidarische Gesundheitsversicherung für alle. Egal ob reich

oder arm, ob arbeitslos, angestellt, Freiberufler oder Beamten – jeder zahlt einen Prozentsatz seines Einkommens in die gemeinsame Kasse ein«, sagt Horst Krumpen. **Wir wollen keine zwei Systeme mehr nebeneinander**, keine Zuzahlungen mehr bei Medikamenten oder Zähnen, stattdessen 10,56 Prozent von jedem Einkommen. Für die meisten hart arbeitenden Menschen in unserem Land wäre das eine echte Entlastung, wer zum Beispiel 2.200 Euro brutto verdient, zahlt statt 149,40 Euro dann noch 95,04 Euro pro Monat. Erst bei einem Einkommen von brutto mehr als 6.900 Euro werden die Beiträge ansteigen, wobei die Leistungen im Vergleich zum bisherigen System für alle deutlich besser werden. Das ist für uns als LINKE der sozial gerechte und somit auch der wirklich solidarische Weg. Dies wäre dann der gelungene Weg zur Lösung einer sozialen Frage unserer Gesellschaft, um auf Bismarcks Ausgangsidee von vor 135 Jahren zu antworten.

Direkte Demokratie und das Geld dafür!

Kerstin Kassner, Direktkandidatin für Vorpommern-Rügen – Vorpommern-Greifswald I, Platz 3 der Landesliste



Was ist dir als Bundestagsabgeordnete besonders wichtig?

Ein weiterer Ausverkauf öffentlichen Eigentums muss gestoppt werden. Selbst Lieschen Müller weiß inzwischen, dass Profite schnell privatisiert werden und die Allgemeinheit allzu oft auf den Lasten sitzen bleibt, meist ohne die versprochene Qualitätssteigerung.

Die Bundeskanzlerin meint, Deutschland gehe es gut. Wie siehst du das?

So pauschal kann ich das nicht

bestätigen. Wir haben aktuell einen kommunalen Investitionsstau in Höhe von 130 Milliarden Euro. Vielen Städten und Gemeinden fehlt das Geld für die Sanierung von Schulen, Straßen und Parks. Damit die Kommunen mehr als ihre Pflichtaufgaben erfüllen können, sind wir für sichere Einnahmen durch eine Gemeindefinanzierungsreform. Sonst sind sie weiter vom Wohlwollen von Bund und Ländern abhängig.

Mischen sich die Bürgerinnen und Bürger dann auch wieder mehr ein?

Ja klar, denn dann macht es auch wieder Spaß mit der Demokratie, weil es wirklich etwas zu entscheiden gibt. Das nenne ich dann eine echte Förderung und Anerkennung des Ehrenamts. Im eigenen Dorf, in der eigenen Stadt, im eigenen Land zu Hause zu sein, schreit nach mehr direkter Bürgerbeteiligung auf allen Ebenen. Das Bedürfnis dazu ist längst da, das beweisen schon die zahlreichen Bürgerinitiativen und Petitionen. Die Politik muss den Bürgerinnen und Bürgern entgegenkommen und kann nicht nur über Politikverdrossenheit jammern. Dafür trete ich an.

Unser Land als Lebensort attraktiver machen



Gelungene Stadtentwicklung in Teterow

Heidrun Bluhm, Direktkandidatin für die Mecklenburgische Seenplatte II – Landkreis Rostock III, Platz 2 der Landesliste

Wenn man täglich von steigenden Mieten, langen Schlangen von Wohnungssuchenden und rüden Vermietermethoden zur Vertreibung alteingesessener, aber wenig zahlungskräftiger Mieterinnen und Mieter hört oder Fernsehbeiträge dazu sieht, geht es meist um Städte wie Hamburg, Berlin oder München. **Aber Wohnungsnot ist längst überall angekommen** – auch in Mecklenburg-Vorpommern. In den Universitäts- und Hochschulstädten des Landes haben Studierende große Mühe, eine bezahlbare Bleibe zu finden und sie dann auch ohne zeitraubende Nebenjobs zu finanzieren. Das ist hausgemachter Notstand. Land und Bund haben seit Jahrzehnten nicht einen Cent in die Verbesserung der Wohnsituation von Studierenden investiert. Obwohl Bildung eine der wenigen zukunftsträchtigen Entwicklungslinien des Landes ist, wird

Geld lieber kurzfristig in der Staatskasse versenkt, anstatt jungen Menschen gute Lern- und Lebensperspektiven durch angemessenes junges, studentisches Wohnen anzubieten.

Ein Land zum Leben?

Ja, Mecklenburg-Vorpommern ist ein Land zum Leben. Aber das Land könnte als Lebensmittelpunkt noch viel attraktiver sein, wenn mehr für den sozialen Wohnungsbau getan würde. Das sehen Junge wie Ältere. Der Verweis auf leerstehende Wohnungen im Land kann keine Begründung dafür sein, öffentliche Investitionen für den altersgerechten, barrierefreien Umbau und die klimagerechte Sanierung von Wohnungen in ausreichender Zahl, da, wo sie gebraucht werden, zu verweigern. **Junge und ältere Menschen wollen in diesem Land**

zusammenleben. Damit sie das können, brauchen wir eine Politik, die über den Tellerrand der Haushaltskonsolidierung hinausschaut und die Lebensinteressen der Menschen in den Mittelpunkt des Regierungshandelns stellt – statt mit Fördergeldern private Kassen einzelner Vermieterinnen und Vermieter zu füllen.



Heidrun Bluhm

Armutszuzeugnis Kinderarmut

Dietmar Bartsch, Direktkandidat in Rostock – Landkreis Rostock II, Platz 1 der Landesliste



Spitzenkandidat Dietmar Bartsch, Simone Oldenburg, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Landtag und Jacqueline Bernhardt, Mitglied des Landtags, bei der Präsentation der Kampagne gegen Kinderarmut in Rostock im Mai 2017.

arm, wir sind damit das unrühmliche Schlusslicht unter den Flächenländern. Nur zu sagen, was ist, reicht uns aber nicht. Gerade dieser Kampf gegen Kinderarmut darf nicht auf die lange Bank geschoben werden. Jeder Tag, den ein Kind in Armut verbringt, ist einer zu viel. **DIE LINKE kämpft deshalb für eine Kindergrundsicherung, die bei den Kindern auch wirklich ankommt.** Sie muss wenigstens das Existenzminimum erreichen von derzeit etwa 570 Euro im Monat. Und weil uns jedes Kind gleich viel wert ist, soll dieses Geld auch nicht auf das Einkommen der Eltern angerechnet werden. Denn sonst bleibt es, wie es ist: Bei Kindern, die auf Unterstützung angewiesen sind, kommt nichts an, weil jede Kindergeldhöhung versickert. Bei denen, die mehr als genug haben, wird sie dagegen noch draufgepackt. Und es geht noch um viel mehr: um gute Bildung, um eine gute Gesundheitsversorgung oder um die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. **Für all das hat DIE LINKE wirksame Konzepte entwickelt.** Nun ist es an der Zeit, endlich auch anzupacken – mit Ihrer Stimme am besten gleich nach der Wahl am 24. September.

»Armut macht Kinder krank«, »Armut ist näher als gedacht!« oder »Wenn Weihnachtswünsche kaum erfüllbar sind« – immer öfter sind solche Überschriften in Zeitungen und im Internet zu lesen. Der gesellschaftliche Skan-

dal, dass in einem der reichsten Länder der Welt jedes fünfte Kind in Armut lebt, ist nun auch in der öffentlichen Wahrnehmung angekommen. Das ist ein erster wichtiger Schritt, den wir LINKE erreichen wollten. Pro-

bleme nicht verschweigen oder schönreden, sondern sagen, was ist! Und gerade bei uns in Mecklenburg-Vorpommern ist die Kinderarmut noch weiter verbreitet als im Rest des Landes. Fast jedes dritte unserer Kinder ist

Landwirt will in den Bundestag

Interview mit Toni Jaschinski, Direktkandidat für die Mecklenburgerische Seenplatte I – Vorpommern-Greifswald II, Platz 4 der Landesliste

Toni Jaschinski, den erfolgreichen Landwirt aus der Mitte des Landes, zieht es in den Bundestag. Warum das denn?

Nach Abitur und Studium zum Diplomkaufmann in Greifswald wurde ich 2008 Geschäftsführer eines Landwirtschaftsbetriebes bei Neubrandenburg, in dem Getreide, Zuckerrüben, Erdbeeren und Heidelbeeren angebaut werden. Eine Rindermast mit 600 Rindern und ein Rot- und Damwildgehege auf 36 Hektar für die Direktvermarktung von Wildfleisch und für die Zucht gehören auch dazu. Ich komme also aus einer vielseitigen landwirtschaftlichen Praxis, die für mich eine hervorragende Basis für politisches Engagement ist. Meine langjährigen Erfahrungen möchte ich nutzen, um mich für die Erhöhung der Wertschöpfungstiefen in ländlichen Regionen einzusetzen, denn hier sehe ich ein großes Potenzial für uns. Die Nachfrage nach regionalen, gesunden Lebensmitteln steigt seit Jahren. Jedoch scheitert die Umsetzung regionaler Vermarktung oft an bürokratischen Hürden. Ich will mich stark machen für vereinfachte Verfahren und zusätzliche Fördermöglichkeiten.

Der demokratische Wandel trifft Mecklenburg-Vorpom-

mern besonders heftig. Wie stellst du dir Veränderungen aus der Sicht eines Landwirtes vor?

Nur durch die Integration der Wertschöpfungskette in die Betriebe sehe ich eine nachhaltige Entwicklung für die ländlichen Räume gesichert. Hierdurch können das Einkommen gesteigert und weitere Arbeitsplätze geschaffen werden, damit auch junge Menschen im Land bleiben. Darüber hinaus müssen Erzeuger mehr vom Endverbraucherpreis abbekommen, damit diese wirtschaftlich gut dastehen und der ländliche Raum Nut-

zen hat, wenn in Infrastruktur investiert wird und örtlich Steuern gezahlt werden. Dafür will ich mich engagieren.

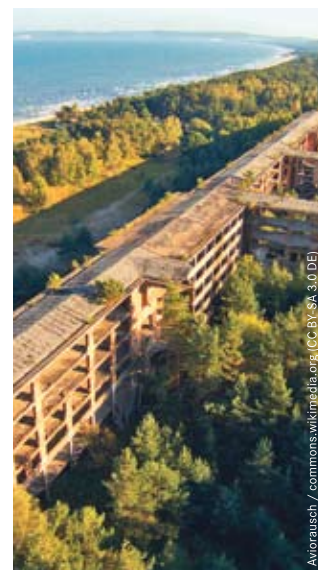
Unabhängig von deinen fachlichen Forderungen, was treibt dich gegenwärtig am meisten um?

Die Frage des Friedens in der Welt und im eigenen Land bewegt mich besonders. Es bedrückt mich, wenn ich die aktuelle Weltlage sehe und höre, wie Autokraten mit großer Selbstverständlichkeit die einfachsten Menschenrechte mit Füßen treten, wenn ich lese, dass Bürger

mitten in Europa keine Chance auf eine menschenwürdige Arbeit haben, wenn ich die Waffenlieferungen auch aus Deutschland sehe. Wir brauchen eine starke linke Kraft im Bundestag, die nicht aufhört, immer wieder deutlich zu machen, welche Verantwortung Deutschland für die Kriege auf der Welt hat. Wir brauchen für den sozialen Frieden im eigenen Land die Abschaffung des immer noch existierenden Ost-West-Gefälles, mit Lösungen, die die Ungerechtigkeiten der Hartz-IV-Gesetze abschaffen. Und wir brauchen die sofortige Angleichung der Renten.



Toni Jaschinski genießt die Mittagspause.



Koloss von Prora

Der 2,5 Kilometer lange Gebäudekomplex steht symbolisch für vieles, so als nie fertiggestelltes Bad für 20 000 Menschen für den Größenwahn der Naziherrschaft. Zum großen Militärstandort ausgebaut, waren in Prora zu DDR-Zeiten unter anderem Bausoldaten zum Bau des Fährhafens Mukran stationiert. Mit der Wende kam das Aus. Der Bund wurde Eigentümer, gab viel Geld für Planungen aus. Ergebnis? Keins! Trotz vieler Warnungen begann die Privatisierung, größtenteils der Umbau zu Ferienquartieren, großzügig gefördert vom Steuerzahler durch Denkmalabschreibungen. »Eine Ausnahme ist der Block V, den ich mit Unterstützung von Bund und Land als Landrätin für Rügen zur Errichtung einer Jugendherberge erwerben konnte«, sagt Kerstin Kassner, die für DIE LINKEN in Vorpommern-Rügen kandidiert. Diese eröffnete 2011 in einem Teilbereich. Der Rest steht aktuell vor dem Verkauf. Teure Ferienwohnungen für wenige und Verdrängung von Kunst und Kultur sowie die Herrichtung von Infrastruktur als öffentliche Aufgabe auf der anderen Seite. Die Einheimischen fühlen sich allzu oft außen vor. Ungebrochen ist jedoch das Interesse an Prora, aber auch unsere Verantwortung für diesen Ort. **Ich will, dass Prora ein Ort der Mahnung und Auseinandersetzung mit der Geschichte bleibt. Neben die Jugendherberge gehört eine Ausstellungs- und Bildungsstätte.** Dies bedarf einer großen gemeinsamen Anstrengung von Bund, Land, Kreis, der Gemeinde Binz und der vor Ort seit vielen Jahren erfolgreich agierenden Vereine Dokumentationszentrum und PRORAZENTRUM. Ich bin dazu bereit!

Kontakt
DIE LINKE Mecklenburg-Vorpommern
Martinstraße 1/1 a
19053 Schwerin
Telefon: 0385/76 03 80
www.die-linke-mv.de

»Nicht nur meckern – ich will was machen«

André Walther, Direktkandidat für Schwerin – Nordwestmecklenburg I – Ludwigslust-Parchim I, Platz 6 der Landesliste

Wir treffen uns am Schweriner Hauptbahnhof. Groß, schlank, schickes Hemd mit aufgekrempeelten Ärmeln, Jeans, der Rucksack hängt über der linken Schulter. Er kommt gerade von Vorlesungen aus Wismar und strahlt. André Walther ist 28 Jahre alt, studiert Wirtschaftsrecht. Jetzt will er in den Bundestag. André ist ein waschechter Schweriner. Wir machen eine kleine Stadtrundfahrt von der Altstadt rüber nach Süden, Richtung Ludwigslust, zum Schweriner Stadtteil Großer Dreesch. Dort ist er aufgewachsen. Im Mueßer Holz, in der Nähe des Fernsehturms, stand bis vor ein paar Jahren noch sein Block. **»Viele wollen Mecklenburg-Vorpommern verlassen, weil sie sonst arbeitslos sind oder schlichtweg viel weniger Kohle für die gleiche Arbeit bekommen als in Hamburg oder anderswo. Deshalb ist es so wichtig, dass es Tariflohn gibt, und zwar einheitlich in Ost und West.«** Schon seine Schulzeit war bestimmt von den Folgen der Agenda 2010. Arbeitslosigkeit und Niedriglöhne gehörten zum oft bitteren Alltag. »Die Politik unter Schröder und seit 2005 unter der Merkel-GroKo bedroht die Zukunft meiner Generation. Im ländlichen Raum gibt es nur



André Walther (Bildmitte) im Gespräch

wenig berufliche Perspektive für junge Nachwuchskräfte. Man kann den ländlichen Raum doch nicht so einer verantwortungslosen Politik überlassen, die die Reichen schon und die Schwachen verarscht mit Sanktionen und Bildungsgutscheinen.« Es geht zurück in Richtung Gadebusch. In der Weststadt stehen wir vor der ehemaligen Bautechnikschule. »Nachdem ich selbst drei Schulschließungen mitmachen musste, unter anderem die dieser traditionellen Bautechnikfachscheule, ent-

schloss ich mich, in der Kommunalpolitik mitzumischen. Im Jahr 2009 habe ich kandidiert und es in die Stadtvertretung geschafft. Fünf Jahre später wurde ich wiedergewählt. Ich finde es wichtig, das Leben in der Region selbst mitzubestimmen. **Meckern kann jeder. Man muss sich einmischen**, sagt er. Ein Abstecher in den Schweriner Schlossgarten auf die schwimmenden Wiesen ist nun dran. »In den Jahren nach der so erfolgreichen Bundesgartenschau 2009 waren hier oft noch viele Veran-

staltungen, wie Tanz in den Mai oder die Schlossgartennacht. Für dauerhafte Formate reicht es nicht. Das Geld sitzt halt nicht so locker wie in süddeutschen Metropolen, wo mein Bruder lebt. Aber wie gesagt: Meckern allein reicht nicht. Ich will was machen. Warum nicht im Bundestag?« »Alle vier Jahre darf man den Bundestag wählen. Und danach machen alle Parteien mit derselben schlechten Politik weiter, die ihre Vorgängerregierung hinterlassen hat. Nur eine Partei hat dabei nie mitgemacht, sondern

sich für die Interessen der kleinen Leute eingesetzt. Das hat mich immer beeindruckt. Neben der Schule habe ich schon viel gearbeitet. Oft habe ich im Einzelhandel Menschen, gerade alleinerziehende Frauen, regelrecht schuftend erlebt. Und das für einen geringen Lohn am Monatsende. **Bis auf DIE LINKE setzt sich niemand ernsthaft für die Interessen dieser Beschäftigten ein**, ist André begeistert und erzählt von seinem langjährigen Engagement bei der LINKEN. Seit 2013 ist er stellvertretender Landesvorsitzender der Partei in Mecklenburg-Vorpommern. André wird in diesem Jahr sein Studium in Wirtschaftsrecht in Wismar abschließen. »Wahrscheinlich werde ich mich auch außerhalb meiner Heimat beruflich orientieren müssen. Wir haben es aber auch ein Stück weit selbst in der Hand, wie wir morgen leben wollen. Eine starke Wirtschaft mit Innovationen – und Mitbestimmung in den Betrieben und Löhnen, von denen man leben kann, bringen uns hier in Westmecklenburg voran. Ich will mich für die Interessen aller Generationen einsetzen. Dafür kann man mich direkt in den Bundestag wählen – und mit der Zweitstimme DIE LINKE.«



Den ländlichen Raum stärken

Mecklenburg-Vorpommern ist besonders ländlich geprägt. Statt Verkehrschaos und großstädtischer Problembezirke ist unser Land durch eine großartige Landschaft aus Seen, Wäldern und Küsten und eine Vielzahl von Dörfern, Klein- und Mittelstädten gekennzeichnet. Hier befinden sich unsere Lebens- und Arbeitsorte. Hier engagieren sich viele Ehrenamtliche in Feuerwehren, Vereinen und Gemeindevertretungen für das soziale und kulturelle Leben. Hier tragen viele kleine und mittelständische Unternehmen zur Wertschöpfung in unserem Land bei. Und hierher kommen viele Urlauber. Wir sind das beliebteste Sommerreiseziel der Deutschen. **Politik muss das Leben und Arbeiten im ländlichen Raum wieder stärker würdigen und unterstützen.** Keine Region darf abgehängt werden! Daseinsvorsorge, Mobilität und Teilhabe müssen in

ländlichen Regionen ebenso gesichert werden wie in den Metropolen. Das ist entscheidend für die soziale Ausgewogenheit in unserem Land. Die Verteilung von Ärzten und Krankenhäusern und eine gute Pflege müssen sich am Bedarf orientieren und nicht an Wirtschaftlichkeitskennziffern. **Kinder sollen flächendeckend das gleiche Recht auf Bildung haben.** Sicherheit, Mobilität und ein leistungsfähiger Internetzugang müssen in allen Regionen gleichermaßen gewährleistet sein. Wenn Schulen nicht saniert werden, der Bus nicht mehr fährt, Jugendclubs geschlossen werden, Straßen und Infrastruktur verfallen, werden Chancen und Potenziale verspielt und damit wird die Zukunft Deutschlands gefährdet. Um das zu verhindern, ist eine gerechte Steuerpolitik zur Finanzierung öffentlicher Investitionen im ländlichen Raum dringend erforderlich.

Fair beginnt ab 12 Euro

Horst Krumpen, Direktkandidat für Ludwigslust-Parchim II – Nordwestmecklenburg II – Landkreis Rostock I

Nach Jahren harter politischer Auseinandersetzungen und Debatten haben wir unsere Idee eines Mindestlohns durchgesetzt. Der derzeitige Lohn von mindestens 8,84 Euro hat gerade in Mecklenburg-Vorpommern vielen Menschen eine etwas bessere Bezahlung und endlich eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung gebracht. Mit dieser Höhe des Mindestlohns dürfen wir aber nicht zufrieden sein. Wer 45 Jahre zum Mindestlohn ohne Unterbrechung gearbeitet hat, bekommt nach demzeitigem Stand eine Rente, die unter der Mindestsicherung liegt. Die drohende Altersarmut dieser Menschen bestärkt uns als LINKE in

unserem Kampf. Selbst die jetzige Bundesregierung musste einräumen: »Um eine Grundsicherung zu ermöglichen, wären 11,68 Euro Stundenlohn nötig.« **Wir wollen eine faire Entlohnung, mindestens aber 12 Euro Stundenlohn, damit im Alter mehr drin ist als der Gang zum Sozialamt.** Wir wollen sichere Arbeitsplätze statt Leiharbeit und grundlose Befristung. Gute Arbeit und guter Lohn sind für viele von uns der Schlüssel zu einem erfüllten Leben und zur Teilhabe an dem, was gesellschaftlich und persönlich möglich ist. Als LINKE finanzieren wir lieber Arbeit als Arbeitslosigkeit. Wir setzen uns dafür ein, Menschen in unse-

rem Land stärker als bisher in ihren Möglichkeiten zu fördern. Gerade auch in Mecklenburg-Vorpommern ist es wichtig, dass Saisonkräfte, die Arbeit im Tourismus finden, bereits nach sechsmonatiger Beschäftigung einen Anspruch auf Arbeitslosengeld erwerben, auch dafür wollen wir politisch kämpfen. DIE LINKE wird auch 25 Jahre nach der Wiedervereinigung nicht akzeptieren, dass wir in Mecklenburg-Vorpommern bei Einkommen und Wirtschaftskraft im unteren Drittel des bundesweiten Rankings liegen. Wir wissen, dass dies nicht mit links zu machen ist, aber mit einer echten Sozial- und Arbeitsmarktpolitik der LINKEN.



Horst Krumpen im Wismarer Hafen

Renten rauf: Mindestens 1.050 Euro

DIE LINKE will die gesetzliche Rente erhöhen und armutsfest machen



Martin Heinlein

Findet die Rentenpolitik der vergangenen 20 Jahre ungerecht: Verkäuferin Ramona Otto.

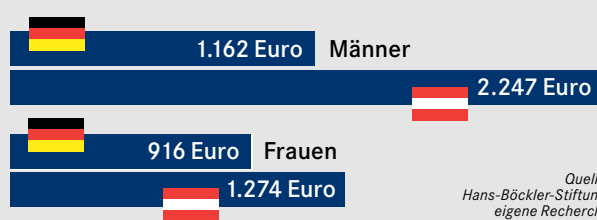
Ramona Otto wird es etwas mulmig, wenn sie an ihre Rente denkt. Die Verkäuferin arbeitet seit 1998 im Einzelhandel. Ihr Mann bekommt eine schmale Erwerbsminderungsrente. Beiden ist klar: Große Sprünge waren bislang nicht möglich, in Zukunft sind sie ausgeschlossen. Miete, Energiekosten, Einkäufe – die kleinen Renten werden schnell aufgefressen. **Statt nach Jahrzehnten harter Arbeit das Leben genießen zu können, müssen sich immer mehr Menschen Sorgen über ihre finanzielle Lage im Alter machen.** Derzeit leben 2,7 Millionen Menschen nach ihrem 65. Geburtstag in Armut oder sind davon bedroht.

Die gesetzliche Rente befindet sich im Sinkflug. Die Bundesregierung schaut zu, wie sich das Problem zuspitzt: ab 2030 droht jedem zweiten Normalverdiener eine Minirente. DIE LINKE will das stoppen. »Eine Rente, die für ein gutes Leben auch im Alter reicht, ist eine Frage des Respekts vor der Lebensleistung der Menschen. Es ist unwürdig, wenn Rentnerinnen und Rentner Pfandflaschen sammeln müssen«, sagt Bernd Riexinger, Parteivorsitzender der LINKEN. »Als einzige Partei wollen wir das Rentenniveau wieder auf 53 Prozent erhöhen. Da wo es vor den Rentenkürzungen der letzten Jahre – zur Zeit Helmut Kohls – einmal war.« Den Menschen in

Ostdeutschland wird zu jeder Wahl die Rentenangleichung versprochen – und dieses Versprechen haben CDU und SPD nach jeder Wahl wieder gebrochen. DIE LINKE steht für die sofortige Angleichung an das Westniveau. Ohne die junge Generation, die künftigen Rentnerinnen und Rentner, zu benachteiligen. Das Konzept der LINKEN für eine Rente, die den Lebensstandard sichert, ist eine Erwerbstätigenversicherung. In die zahlen alle ein – nicht nur Arbeiter und Angestellte, sondern auch Beamte, Politikerinnen und Politiker. **DIE LINKE will, dass die Beiträge für die Rente wieder zur Hälfte von den Unternehmen gezahlt werden.** So sind gute Renten für alle finanzierbar – für den Durchschnittsrentner bringt das rund 120 Euro mehr im Monat. Den Riester-Schwindel, der nur die Konten der Versicherungskonzerne auffüllt, muss aufhören. Die Ansprüche müssen in die gesetzliche Rente überführt werden. Für Ramona Otto und andere Beschäftigte mit niedrigem

Einkommen würde das alleine noch nicht reichen. Deshalb will DIE LINKE kleine Einkommen in der Rentenversicherung aufwerten. »Für eine Verkäuferin wie Ramona Otto wären das 270 Euro mehr Rente im Monat«, erklärt Bernd Riexinger. »Abschläge bei der Erwerbsminderungsrente wollen wir streichen.« Mit diesen Rentenreformen können Ramona Otto und ihr Mann entspannter in die Zukunft blicken. Vielen Frauen und allen, die auf lange Phasen mit niedrigen Löhnen, Krankheit oder Erwerbslosigkeit zurückblicken müssen, droht mit dem jetzigen System eine Rente unterhalb der Grundsicherung. Deswegen will DIE LINKE eine solidarische Mindestrente einführen – sie schützt alle Menschen, die sonst eine Rente von unter 1.050 Euro bekommen. Die Mindestrente soll als Zuschlag – oder im Einzelfall als Vollbetrag – von der Rentenversicherung gezahlt werden. Niemand soll im Alter von weniger als 1.050 Euro leben müssen. Das ist eine Frage der Achtung der Menschenwürde.

Was in Österreich geht, ist auch hierzulande möglich
Das bekamen Neurentnerinnen und Neurentner 2015 im Schnitt im Monat ausgezahlt (inklusive Witwenrente)



Von der Arbeit gut leben können

Sichere und gut bezahlte Jobs müssen in Deutschland wieder die Regel sein

Die Profite der Unternehmen sind explodiert. Aber 40 Prozent der Beschäftigten bekommen heute nicht mehr Lohn als vor 20 Jahren. **Viele Beschäftigte arbeiten bis zur Erschöpfung und kommen trotzdem kaum über die Runden.** DIE LINKE will das ändern. Von Arbeit muss man leben können. Der Lohn muss reichen, um eine

Rente anzusparen, die den Lebensstandard im Alter sichert. Unbefristete Arbeit, die sozial und mit Tarifvertrag abgesichert ist – das muss die Regel sein, nicht die Ausnahme. Selbst die Bundesregierung hat auf Anfrage der LINKEN ausrechnen müssen: Mit unter 12 Euro Stundenlohn droht selbst denen Altersarmut, die ohne Un-

terbrechung gearbeitet haben. Deshalb will DIE LINKE einen flächendeckenden Mindestlohn von 12 Euro ohne Ausnahmen durchsetzen. Die Löhne und Gehälter müssen insgesamt steigen. Die Agenda-2010-Gesetze haben unsichere Arbeitsverhältnisse wie Leiharbeit, Werkverträge, befristete und Minijobs erst möglich gemacht. DIE LINKE will als einzi-

gen können. **Frauen wie Männer müssen das Recht auf Arbeitszeiten haben, die mit dem Leben mit Familie und Kindern, Weiterbildung und Freizeit vereinbar sind.** Teilzeitarbeit muss zum Leben reichen, unfreiwillige Teilzeit muss abgeschafft werden. »In fast allen schlecht bezahlten Berufen arbeiten mehrheitlich Frauen. Das ist Diskriminierung in Reine-

form«, sagt Bernd Riexinger, Parteivorsitzender der LINKEN. Für gleichwertige Arbeit müssen Frauen wie Männer gleichen Lohn bekommen.

»Die wertvolle Arbeit in sozialen Berufen muss besser bezahlt werden.«
Bernd Riexinger,
Vorsitzender der LINKEN

»Die wertvolle Arbeit in sozialen Berufen muss endlich anerkannt und besser bezahlt werden«, sagt er. »Dafür wollen wir sorgen – mit Investitionen in Bildung, Gesundheitsversorgung und Pflege. Das ist gerecht und nützt am Ende allen.«



Stress: Arbeit auf Abruf

In Deutschland arbeiten mindestens 1,5 Millionen Menschen auf Abruf. Betroffen sind vor allem Beschäftigte im Einzelhandel, in der Gastronomie, im Gesundheitswesen und in der Verkehrsbranche. Firmen geben ihnen Arbeitsverträge mit sehr wenigen Stunden und ohne feste Arbeitszeiten. Mal arbeiten die Beschäftigten 40 Stunden im Monat, mal 160. Wenn der Betrieb es wünscht – auch sehr kurzfristig – müssen sie erscheinen. Die Beschäftigten können weder Einkommen noch Arbeitszeit planen und keinen weiteren Job annehmen. DIE LINKE fordert einen Rechtsanspruch auf eine Mindeststundenzahl von 22 Wochenstunden, die bezahlt werden.

Obergrenze für Managergehälter

In Portland (USA) wird für Unternehmen eine Strafsteuer erhoben, bei denen die Löhne der Beschäftigten und der Manager zu weit auseinanderklaffen. DIE LINKE setzt sich dafür ein, die Einführung solcher Maßnahmen auch für deutsche Firmen zu prüfen. Im Programm zur Bundestagswahl fordert DIE LINKE eine Obergrenze für Managergehälter. Danach sollen die Einkünfte von Vorständen und anderen Führungskräften nicht mehr als das Zwanzigfache des niedrigsten Gehalts im Betrieb betragen. Jahresgehälter über einer halben Million Euro sollen nicht mehr steuerlich abzugsfähig sein. »Wir fordern verbindliche Regeln für alle öffentlichen Unternehmen«, heißt es im Programm. Obergrenzen für Gehälter in Unternehmen sollen dazu beitragen, die Einkommen in der Gesellschaft gerechter zu verteilen.

DIE LINKE will

- den gesetzlichen Mindestlohn auf 12 Euro anheben, ohne Ausnahme
- Leiharbeit, Werkverträge und Minijobs in sichere Arbeitsplätze überführen
- Recht auf mindestens 22 Wochenstunden und Rückkehrrecht in Vollzeit statt unfreiwilliger Teilzeit
- Tarifverträge ausweiten und Allgemeinverbindlichkeit erleichtern.



Christian Mang

LINKEN-Kampagne gegen befristete Arbeitsverhältnisse



Gegen Rassismus und rechte Gewalt

Die Zahl extrem rechter Straftaten ist im Jahr 2016 erneut angestiegen. Im Schnitt wurden bundesweit mehr als 60 Taten pro Tag registriert, ein Anstieg um 14 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Die Dunkelziffer ist erheblich höher. Allein 3774 Fälle rassistisch motivierter Gewalt gegen Asylsuchende wurden dokumentiert. DIE LINKE kämpft gegen Rassismus und rechte Gewalt und für eine offene Gesellschaft. Die Fraktion DIE LINKE im Bundestag hat jede Verschärfung des Asylrechts abgelehnt. Menschen, die in ihren Ländern staatlicher oder nichtstaatlicher Verfolgung ausgesetzt sind, müssen politisches Asyl erhalten. Die Große Koalition aus SPD und Union hat zum Ende der Legislaturperiode das Asylrecht nochmals drastisch verschärft.



Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow

Regenbogenfahne über Staatskanzlei

Zeichen der Solidarität an einem historischen Tag, an dem die vollständige Gleichstellung von Lesben und Schwulen erreicht wurde: Mit dem Hissen der Regenbogenfahne würdigte der Thüringer Ministerpräsident Bodo Ramelow (DIE LINKE) die Einführung der Ehe für alle durch den Bundestag. Mit der Gesetzesänderung kehre endlich »staatliche Normalität« in die Gesellschaft ein, betonte er. Der Regierungschef lobte den parteiübergreifenden Beschluss und hofft, dass solche Entscheidungen auch in anderen menschenrechtlichen Fragen möglich sind, so in Fragen des humanitären Bleiberechts für Flüchtlinge.

Keine Angst vorm Absturz

DIE LINKE plant ein festes Netz von sozialen Sicherheiten ein



Zu viele Eltern können sich nicht einmal den Sportverein für ihre Kinder leisten.

Armut ist nicht naturgegeben. »Meine Vision ist eine Welt ohne Armut«, sagt Katja Kipping, Vorsitzende der Partei DIE LINKE und sozialpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag. »Und ich glaube daran, dass diese Welt möglich ist. Bereits jetzt gibt es einen immensen Reichtum.« **Die 62 reichsten Menschen besitzen so viel wie die halbe Welt.** Auch in Deutschland gehört den oberen 10 Prozent über die Hälfte des Vermögens. Im Gegensatz dazu verfügt die Hälfte der Menschen in diesem Land nur über 2,5 Prozent des Besitzes. Man muss kein Genie in Mathe sein, um zu erkennen, dass dieser Zustand zutiefst ungerecht ist. Diese Ungerechtigkeiten sind das Ergebnis einer Politik, die die Profite der wenigen über das Leben der vielen stellt. Dass es nicht so weitergehen kann wie bisher, das zeigt die Bilanz der

Regierung Merkel. Seit 2005 führt Angela Merkel die Regierung. Seitdem ist Reichtum immer ungleicher verteilt, und auch die Armutszahlen sind kontinuierlich gestiegen. Die Zahl der Menschen, die dauerhaft in Armut leben, hat sich in den vergangenen 20 Jahren verdoppelt. Heute gilt hierzulande jedes fünfte Kind als arm. »Das bedeutet für viele: kein Urlaub, kein Sportverein, manchmal nicht mal genügend zu essen. Das alles in einem reichen Land wie Deutschland«, so Katja Kipping. Diese Entwicklungen sind auch eine Folge der Agenda 2010. Unter Rot-Grün beschlossen, hat sie Millionen Menschen in die

Abhängigkeit des Hartz-IV-Systems gedrängt. Katja Kipping: »Wer meint, Hartz IV sei allein ein Problem der Abgehängten, der irrt. Denn wer Angst hat, der oder die akzeptiert die nächste Lohnkürzung. Wer Angst hat, der oder die ist vielleicht weniger bereit zu teilen.« Katja Kipping weiß: Diese Entwicklung wirkt sich auf alle aus. Deswegen fällt der lange Schatten von Hartz IV auf die ganze Gesellschaft, sagt sie. **Unter der Regierung Merkel hat sich das Leben für viele verschlechtert.** Sie hat dieses Land zu einem Land der Milliardäre und der Millionen in Armut gemacht. »Aber wir, wir wollen das ändern. Und keine andere

»Wer meint, Hartz IV sei allein ein Problem der Abgehängten, der irrt.«
*Katja Kipping,
Vorsitzende der LINKEN*

Partei hat hier so konkrete und so seriös durchgerechnete Vorschläge wie wir«, erklärt Kipping. DIE LINKE fordert, dass garantiert niemand in Deutschland in Armut fallen darf. Keiner soll im Bedarfsfall weniger als 1.050 Euro haben. Dafür stehen die solidarische Mindestrente und die sanktionsfreie Mindestsicherung. **DIE LINKE will das Kindergeld umgehend auf 328 Euro erhöhen. Dann soll es in eine Kindergrundsicherung von 573 Euro überführt werden.** Für DIE LINKE ist klar: wer Armut entgegenzutreten will, muss auch das Öffentliche stärken. So steht DIE LINKE für günstigere Fahrpreise, flächendeckend Sozialtickets für einkommensschwache Haushalte sowie kostenlose Schüler- und Azubitickets. DIE LINKE fordert gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Hochschule und ein kostenfreies warmes Essen in Kita und Schule. Finanzieren lässt sich das, wenn die zur Kasse gebeten werden, die den Reichtum für sich allein beanspruchen, der im Grunde allen gehört. Katja Kipping: »So sieht Gerechtigkeit aus. DIE LINKE kämpft dafür, dass dieses Land gerechter wird. Helfen Sie – hilf du – dabei, dass sich das rumspricht. Denn: Je stärker DIE LINKE, desto sozialer das Land.«

DIE LINKE will

- eine Mindestsicherung ohne Sanktionen von 1.050 Euro statt Hartz IV
- Kindergeld sofort auf 328 Euro erhöhen und in eine Kindergrundsicherung von 573 Euro überführen
- kostenfreies Essen in Schule und Kita, freie Fahrt für Kinder in Bus und Bahn.

Eine sozial gerechte Energiewende

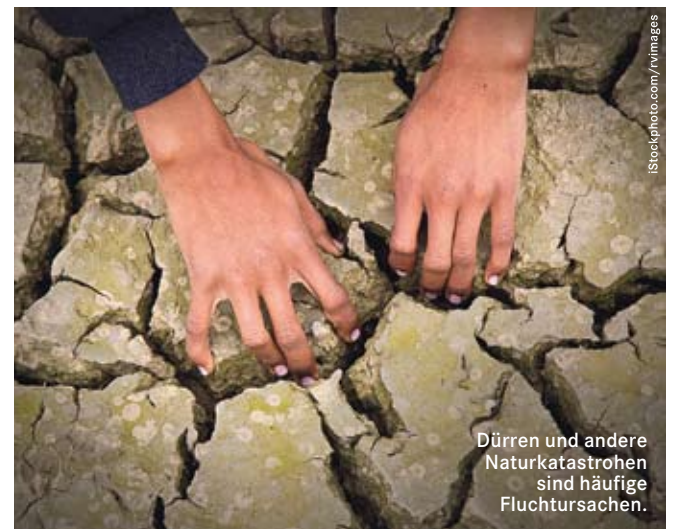
Klimaschutz ist eine Frage der Gerechtigkeit – weltweit

Die Klimakrise ist eine der zentralen Gerechtigkeitskrisen der heutigen Zeit. Es geht schon längst nicht mehr nur um Eisbären. Von den 17 Jahren dieses Jahrtausends zählen 16 zu den heißesten seit Beginn der Wetteraufzeichnung. Studien der UN belegen, dass bis zum Jahr 2050 geschätzte 200 Millionen Menschen auf der Welt vor den Folgen von Stürmen, Dürren oder Überschwemmungen flüchten werden. Daher ist der Ausstieg der US-Präsidenten Donald Trump aus dem Klimaschutz nicht nur eine Kriegserklärung an die Erde, sondern in der Konsequenz auch an die Lebensweise besonders der armen Menschen auf unserer Welt. Deutschland ist kein Klimaschutzweltmeister, sondern Weltmeister in Klimaheuchelei. Bundeskanzlerin Angela Merkel verfehlt die eigenen Klimaschutzziele deutlich. Sie torpediert alle Versuche, die deutsche Autoindustrie in der EU für ihre betrügerischen Abgasmanipulationen zu sanktionieren. Sie gibt

den Braunkohleleimern eine jahrzehntelange Verschmutzungsgarantie. Dabei sind es fossile Brennstoffe wie die Braunkohle, die den Klimawandel massiv vorantreiben. DIE LINKE will eine soziale Energiewende: **Statt großer Energiekonzerne wollen wir bürgernahe Energie in der öffentlichen Hand.** Wir werden die Strompreise stärker kontrollieren und für alle bezahlbar machen: mit Sozialtarifen für den Sockelverbrauch und höheren Preisen für Vielverbraucher. »Deswegen fragen wir von der LINKEN: Warum gibt es hierzulande noch kein ökologisch nachhaltiges Kohleausstiegsgesetz inklusive eines Strukturwandel-fonds zur sozialen Absicherung der im Braunkohletagebau Beschäftigten?«, so Katja Kipping, Vorsitzende der LINKEN. Neben Krieg und Verfolgung ist der Klimawandel eine der stärksten Fluchtursachen, vor allem in Teilen des afrikanischen Kontinents. Auch dieses Jahr wird die Anzahl ertrunkener Bootsflücht-

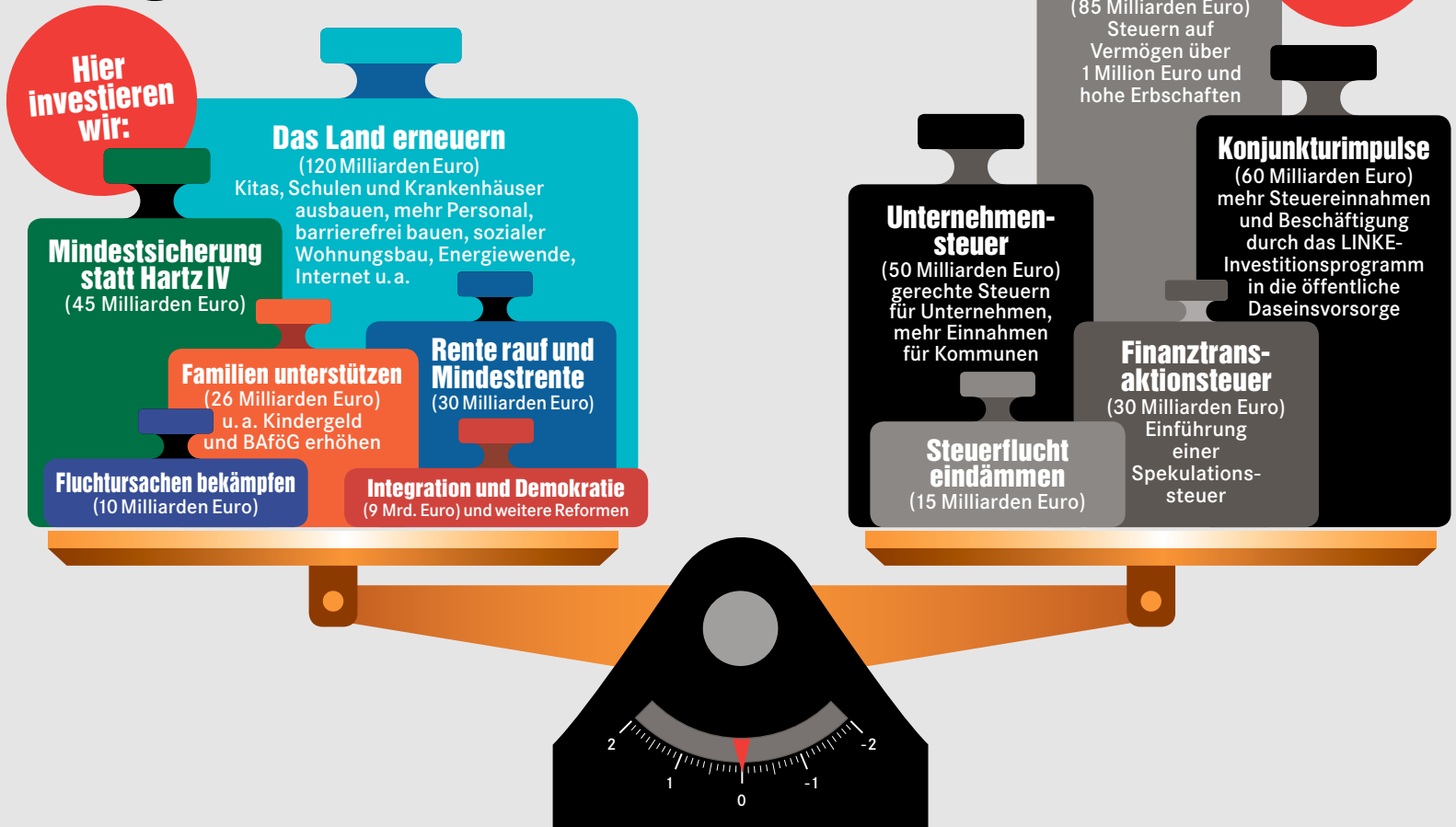
linge auf dem Mittelmeer dramatisch steigen. »Es gibt keinen wirksamen Klimaschutz ohne ein Mindestmaß an globaler Gerechtigkeit«, sagt Katja Kipping. »Nicht nur die Kriege in der Welt müssen enden. Wir brauchen faire globale Handelsbeziehungen.« Der Klimawandel macht an

keiner Grenze halt. Deswegen kann er auch nicht Land für Land eingedämmt werden. **Es gibt keinen Plan B für den Klimaschutz, weil es keinen Planeten B gibt.** Klimaschutz braucht ein wirkliches Umsteuern. Die Große Koalition ist dazu weder willens noch in der Lage.



Dürren und andere Naturkatastrophen sind häufige Fluchtursachen.

So finanzieren wir die gerechte Gesellschaft



Gerecht und gut für den Geldbeutel

Weniger Steuern auf kleine und mittlere Einkommen – mehr Steuern für die großen Fische

Die junge Ingenieurin, der selbstständige Web-Entwickler, die angestellte Lehrerin, der erfahrene Facharbeiter – sie alle verbindet, dass am Ende des Monats zu wenig Geld vom Einkommen übrig bleibt. Ein Grund: Sie werden durch die Einkommensteuer zu stark belastet. Die Mehrheit der Beschäftigten trägt den Großteil der Steuerlast. Gleichzeitig rechnen sich Superreiche und Konzerne bei den Steuern arm und nutzen jedes Schlupfloch mithilfe versierter Berater aus. Ihre Ein-

nahmen aus Kapitalanlagen werden zu einem niedrigen Satz von 25 Prozent versteuert (Abgeltungssteuer) und unterliegen nicht den ansteigenden Sätzen aus der Einkommensteuer.

DIE LINKE hat ein Steuerkonzept entwickelt, von dem die übergroße Mehrheit der Beschäftigten profitiert. Die Faustformel: **Wer weniger als 7.100 Euro brutto im Monat verdient, wird entlastet.** Das gilt für Alleinstehende. Mit Kindern oder Unterhaltspflichten für andere ist die Entlastung höher. Für einen Angestellten mit einem monatlichen Bruttolohn von 1.700 Euro bedeutet das eine monatliche Entlastung von 127 Euro – auf das Jahr gerechnet entspricht das fast einem Monatslohn. Auch wer als Facharbeiterin ein gutes Einkommen bezieht, aber durch Kosten fürs Wohnen oder die Beiträge für den Kindergarten stark belastet ist, dem hilft unser Steuerkonzept. Bei 4.500 Euro Monateinkommen bleiben rund 210 Euro mehr im eigenen Portemonnaie. Jeden Monat. Bei Beschäftigten im Niedriglohnssektor reicht der Lohn kaum zum Leben. Es ist eine Frage der Menschenwürde, nicht noch das geringe Einkommen wegzubesteuern. Deshalb setzen wir den Steuerfreibetrag auf 12.600 Euro im Jahr hoch.

Die großen Entlastungen für die Menschen, die jeden Tag arbeiten gehen, sind möglich, weil DIE LINKE diejenigen stärker belastet, die reich und superreich sind und bislang vom Finanzamt bevorteilt wurden. Der

Spitzensteuersatz ist nach 1999 gesenkt worden – von damals 53 auf heute 42 Prozent.

DIE LINKE will das rückgängig machen. Und Einkünfte aus Aktienbesitz genauso besteuern wie Einkommen aus Arbeit. Eigentum verpflichtet. Das Grund-

gesetz sieht eine Vermögenssteuer vor. 1995 hat das Bundesverfassungsgericht die damalige Form der Vermögenssteuer ausgesetzt. Der Grund war, dass Immobilienvermögen zu niedrig bewertet wurde. Der Auftrag lautete, diesen Fehler zu korrigieren. Das hat bislang jede Bundesregierung versäumt. Ohne Vermögenssteuer fehlen den Ländern die Mittel

für die notwendigen Investitionen in Schulen, für Kitausbau, Krankenhäuser und bezahlbare Wohnungen. Der Druck zu mehr Privatisierungen steigt. Das macht sich im Alltag von vielen Menschen bemerkbar, alles

wird teuer und funktioniert schlechter. DIE LINKE führt die Vermögenssteuer wieder ein: auf Vermögen oberhalb von 1 Million. Auch hohe Erbschaften sollen gerecht besteuert werden – ohne dass normales, selbstgenutztes Wohneigentum betroffen ist.

Gerechtigkeit ist auch eine Frage von Zahlen und von Steuern. **DIE LINKE schafft ein Steuersystem, das gerecht für alle ist:** das Entlastungen schafft für Menschen mit geringem und mittlerem Einkommen, aber Reiche und Vermögende, Unternehmen und Konzerne wieder angemessen zur Kasse bittet. Ein Steuersystem der sozialen Gerechtigkeit!



Was bedeuten die Tarife der LINKEN für Ihre Einkommensteuer und die Sozialabgaben?

- Bis 1.400 Euro im Monat brutto (Single): **keine Steuer**
- 2.000 Euro im Monat brutto (Single): **1.733 Euro weniger Steuern im Jahr**
- 4.000 Euro im Monat brutto (Single): **2.265 Euro weniger Steuern im Jahr**
- 6.000 Euro im Monat brutto (Single): **1.567 Euro weniger Steuern im Jahr**
- Familie, zwei Kinder, 42.000 Euro brutto im Jahr: **5.039 Euro weniger Steuern und Sozialabgaben im Jahr, mit Kindergeld**



Egreif Partei für eine bessere Zukunft!
Ja, ich möchte aktiv werden.

Vorname

Name

E-Mail

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon

Ich bin bereits Mitglied der Partei DIE LINKE.

Ich möchte Mitglied der Partei DIE LINKE werden.

Datum

Unterschrift

Die Angaben werden von der Partei DIE LINKE in ihrer Bundesgeschäftsstelle und ihren Gliederungen entsprechend den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) gespeichert, verarbeitet, übermittelt, aufbewahrt und nur zum Zweck der Wahlwerbung für diese und weitere Wahlen bis zum Widerruf dieser Einwilligung verwendet.

Einsenden/Kontakt:
DIE LINKE »Linksaktiv-Team«
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin
linksaktiv@die-linke.de
Telefon: 030/24009-111
www.linksaktiv.de